



Geburt der Zeit
 Vor 400 Jahren starb der Gelehrte und Politiker Francis Bacon, der »wahre Stammvater des englischen Materialismus«. Von Stefan Ripplinger

Seite 12

Keiner traut Trump

US-Präsident droht Iran erst mit Vernichtung und verkündet anschließend eine Waffenruhe. Westeuropäer schweigen zu Drohungen, erwägen nun aber NATO-Marinemission. **Von Arnold Schölzel**



Aus dem Kriegekretin wird sicher kein Friedensfürst: Proteste gegen Trump vor dem Weißen Haus in Washington, 7. April

Nach wüsten Drohungen und Beleidigungen der Führung des Iran und der iranischen Bevölkerung kündigte US-Präsident Donald Trump in der Nacht zum Mittwoch kurz vor Ablauf seines Ultimatums eine Waffenruhe an. Bis Mittwoch mittag gab es die aber nicht. Nach Angaben der pakistanischen Regierung, die zwischen Iran und den USA vermittelt hatte, sollte sie auch für den Libanon gelten. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu bestritt das bereits in der Nacht in einer Erklärung seines Büros.

Am Mittag meldete die israelische Armee ihren bislang größten Angriff seit Kriegsbeginn auf Einrichtungen der Hisbollah im Libanon. Getroffen worden seien Kommandozentren der Miliz in Beirut, die meisten Ziele hätten sich aber in zivilen Gebieten im ganzen Land befunden. Kuwait berichtete zudem von iranischen Drohnenangriffen, die Vereinigten Arabischen Emirate fingen ballistische Raketen, Marschflugkörper und Drohnen aus Iran ab. Iranische Medien meldeten, die Ölraffinerie auf der Insel Lawan stehe nach einem »Feindesangriff« in Flammen. Schließlich berichtete das *Handelsblatt*, die NATO erwäge eine Marinemission in der Straße von Hormus. Das könnte für neuen Konfliktstoff mit dem Iran sorgen.

Vor der Verkündung der Waffenruhe hatte Trump seine Beschimpfung der Führung des Iran und von dessen Bevölkerung im Tagesabstand gesteigert. Von »crazy bastards« (Sonntag) über »Tiere« (Montag) bis zur Androhung des Todes »einer Zivilisation« (Dienstag). Er kündigte Kriegsverbrechen an wie die Zerstörung der gesamten Infrastruktur des Iran, die er innerhalb von vier Stunden erreichen werde. In Brüssel und den meisten EU-Hauptstädten herrschte zu der rassistischen Hetze wie zum völkerrechtswidrigen Krieg insgesamt beredtes Schweigen.

Papst Leo XIV. nannte die Drohungen gegen das iranische Volk am Dienstag »inakzeptabel«. Erst am Mittwoch mittag veröffentlichte der Europäische Rat eine gemeinsame Stellungnahme der Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Italien, Deutschland, Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden, Spanien, Griechenland sowie der EU-Kommissionspräsidentin und des Ratspräsidenten, in der sie die Waffenruhe begrüßten. Aus dem Papier spricht tiefes Misstrauen gegenüber Trump. Verlangt wird ein »dauerhaftes Ende des Krieges«. Die genannten Länder kündigten an, sich daran zu beteiligen, die »freie Schifffahrt in der Hormus-Straße zu gewährleisten«. Dazu stehe man in »engem

Kontakt mit den USA«. Bundeskanzler Friedrich Merz veröffentlichte das Papier mit geringfügigen Änderungen als eigene Erklärung. Bis dahin hatten die westeuropäischen Staaten vor allem Sympathie für den Krieg gegen den Iran geäußert.

Am Dienstag abend hatten China und Russland wenige Stunden vor Ablauf des Trump-Ultimatums im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine von Bahrain eingebrachte und von den USA unterstützte Resolution eingelegt. Ohne mit einem Wort die Aggression der USA und Israels zu erwähnen, wurden in ihr die Staaten dazu aufgefordert, Bemühungen zum Schutz der Handelsschifffahrt in der Straße von Hormus zu koordinieren. Der russische Vertreter erinnerte daran, wie die NATO-Staaten 2011 eine ähnlich unpräzise Resolution zur Anzettelung des Krieges gegen Libyen genutzt hatten. Chinas UN-Botschafter erklärte, die Verabschiedung zu einem Zeitpunkt, da die USA das Überleben einer Zivilisation bedrohten, hätte ein falsches Signal gesendet. Der 15köpfige Sicherheitsrat votierte mit elf Stimmen bei Enthaltung Kolumbiens und Pakistans für die Resolution.

■ Siehe Seiten 3, 4, 6, 7

Reiselust und Wehrpflicht

Leute vom Fach

Mehrere Monate nach dem Inkrafttreten des sogenannten Wehrdienstmodernisierungsgesetzes sind liberale Medien, die nicht das geringste Problem mit der dosierten Reaktivierung der Wehrpflicht wegen »Putin« usw. und folglich keine Sympathie für die Protestbewegung gegen diese Reaktivierung haben, auf eine Bestimmung aufmerksam geworden, die sie für skandalös erklären – die vorgesehene Genehmigungspflicht für längere Auslandsaufenthalte von Männern zwischen 17 und 45 Jahren. Das Vorhandensein dieser Bestimmung ergibt sich daraus, dass die Schreiber des Gesetzes mit der politischen Vorgabe gearbeitet haben, möglichst dicht an die gesetzlichen Grundlagen der alten Wehrpflicht heranzukommen.

Es lag also nahe, das zu kopieren, was früher schon im Gesetz stand. Und zwar auf Vorrat: Dem Vernehmen nach haben die zuständigen amtlichen Stellen, die nicht mehr Kreiswehersatzamt, sondern »Karrierecenter« heißen, bislang gar keine Anstalten gemacht, einen Apparat aufzubauen, der diese Abwesenheitsanzeigen bearbeitet. Auch hier zeigt sich, dass die aktuelle Gesetzeslage vor allem eine politisch vorbereitende Funktion hat; sie wird nicht als Endzustand betrachtet, mit dem dann dauerhaft administrativ gearbeitet wird.

Nach ein paar Tagen Aufregung signalisiert das Pistorius-Ministerium nun, es sei alles halb so wild. Noch in dieser Woche sollen pauschal alle Auslandsaufenthalte ohne Anzeigepflicht genehmigt werden – das hätte man, so eine Sprecherin, ohnehin in jedem Einzelfall getan, wolle aber Bürokratie vermeiden. Der Minister bestätigte am Mittwoch, dass man »derzeit« keine Genehmigung brauche. Soll heißen: Wenn die »Freiwilligkeit« des Wehrdienstes fällt, reden wir noch mal neu.

Hier werden alle wieder an Bord sein: die liberale Blase, die sich um die Reisefreiheit für den eigenen Nachwuchs sorgt, und natürlich auch die grüne »Verteidigungsexpertin« Sara Nanni, die unermüdet über die Stabilität von Ost- und Heimatfront wacht und Pistorius nun aufgefordert hat, dafür zu sorgen, dass »das handwerkliche Geschäft im eigenen Haus läuft«. Und sowieso die AfD, deren Sprecher Brandner das »derzeitige Männer-Ausreisechaos« für ein Zeichen von »Überforderung« hält. Pistorius muss aufpassen: Es stehen Einwechselfspieler bereit. **Nico Popp**

Schwächen

US-Vizepräsident Vance ruft in Ungarn zur Wiederwahl Orbáns auf, den die EU loswerden will

Baggern

Niederländisches Unternehmen verdient am Hafenausbau in der von Marokko annektierten Westsahara

Zaubern

Vom Glauben an Politik: Olivier Assayas hat Giuliano da Empolis Roman »Der Magier im Kreml« verfilmt

jw wird herausgegeben von 3.063 Genossinnen und Genossen (Stand 7.11.2025)
 www.jungewelt.de/lpg

